VR-04-006 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 12.11.2026

Änderungsantrag zu VR-04

Von Zeile 5 bis 10:
Doch es genügt nicht sich Frieden nur zu wünschen, sondern wir müssen ihn erarbeiten, verteidigen und schützen. ~~Russlands~~Putins imperialer Angriffskrieg~~, hybride Angriffe~~ gegen die Ukraine zusammen mit seinen, hybriden Angriffen auf unsere Demokratie ~~und~~gefährden die ~~schwindende~~europäische Friedensordnung. Zusammen mit der schwindenden Verlässlichkeit der USA ~~zwingen Europa,~~muss Europa deutlich mehr Verantwortung für seine Sicherheit ~~zu~~ übernehmen. Diese Bedrohung bestimmt, wie unsere Verteidigungsfähigkeit aussehen muss und welche Rüstungsanstrengungen dafür nötig sind. In anderen Worten: Rüstungspolitik muss auf das sicherheitspolitisch Notwendige beschränkt werden. Das Primat der Politik muss gewahrt werden: Parlament und Regierung bestimmen außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen und kontrollieren die Rüstungsindustrie - nicht andersrum.

Wir wissen was es zu schützen gilt: Die europäische Friedensordnung – mit der Europäischen Union als erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem zweiten Weltkrieg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den Holocaust. Sie ist der ein wesentlicher Grund, warum wir heute in Frieden und Freiheit leben können.

Die Errungenschaften werden heute von außen vor allem durch Russlands Krieg und von innen durch extremistische Kräfte auf eine harte Probe gestellt. Putins Krieg gegen die Ukraine und ein freies Europa ist die größte Bedrohung für die europäische Friedensordnung. Der Frieden in Europa nach 1945 baute darauf auf, dass Grenzen nicht mehr mit Gewalt verschoben werden und historische Zuschnitte der Nationen nicht mehr als Grund für Invasion und Besatzung dienen. Wenn sich Putin mit seinem Krieg durchsetzt, werden auch andere wieder Grenzen und Herrschaftsräume verschieben wollen. Das sehen wir bereits in Deutschland, wo Mitglieder der AfD-Jugend Deutsche Reichskarten posten.

Gleichzeitig verändern sich die transatlantischen Beziehungen in rasanter Geschwindigkeit. 80 Jahre lang waren die USA Garant für unsere Sicherheit. Diese Zeiten sind vorbei. Unabhängig davon, ob Demokraten oder Republikaner die US-Regierung stellen: Europa muss Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen.

Vor allem wissen wir, dass Sicherheit und Verteidigung nie wieder allein durch und für Deutschland gedacht werden dürfen, sondern für uns die Einbettung und Integration deutscher Politik in europäische Politik zwingend ist.